

Initiativantrag

„Vermittlung von politischen Grundwissen in Schulen ab der Sekundarstufe 1 und 2 sowie in den Berufsschulen“

AntragstellerIn: SPD Kreisverband Südliche Weinstraße

Adressat: SPD-Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD in Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass in den Schulen in Rheinland-Pfalz zukünftig spätestens ab dem 5. Schuljahr verpflichtend, regelmäßig politisches Grundwissen vermittelt wird. Dies soll in Doppelstunden in praxisorientierten Unterricht, erlebnisorientiert, am besten als eigenständiges Fach außerhalb von Gemeinschaftskunde/ Sozialkunde durchgeführt werden.

Der Wochenstundenanteil muss mindesten 2 Stunden umfassen. Dies soll in den Stundentafeln der jeweiligen Schulform in der Sekundarstufe 1 und 2 sowie in den Berufsschulen festgehalten werden.

Begründung:

Jugendliche sind politisch interessiert - dies zeigen verschiedene Studien. Allerdings ist die politische Bildung auch von der sozialen Herkunft und der Schulbildung abhängig. Das ist nicht hinnehmbar.

Politische Bildung weist nur einen geringen Stellenwert im Schulunterricht aus, mit zum Teil einer Wochenstunde Gemeinschaftskundeunterricht ist Demokratie nicht ausreichend zu vermitteln.

Eine solide politische Grundbildung ist aber essentiell für unsere demokratische Grundordnung. Nur wer die Strukturen und die Bedeutung der Demokratie versteht, kann antidemokratisches Verhalten analysieren und verstehen. Das Ziel der schulischen Ausbildung muss sein die Demokratie vor radikalen und antidemokratischen Einflüssen zu schützen.

Durch das Verständnis über die Eckpfeiler unseres Staates kann außerdem der Politikverdrossenheit in Deutschland entgegengewirkt werden.

Für viele Jugendliche ist die Schule der einzige Ort, an dem sie an politische Diskussionen herangeführt werden können. Gerade an Hauptschulen, Sekundarschulen und Berufsschulen besteht deshalb ein besonderer Handlungsbedarf. Hier kann regelmäßiger Sozialkundeunterricht die politische Begeisterung und damit Beteiligung steigern, aber auch die Bereitschaft, später wählen zu gehen.

Es ist deshalb notwendig, dass bereits im Schulunterricht das Interesse der Jugendlichen an Politik geweckt wird. Es ist notwendig den jungen Leuten Perspektiven aufzuzeigen, wie sie ihre Zukunft aktiv gestalten können. Es muss gezeigt werden, dass soziales Engagement unabdingbar für ein friedliches Zusammenleben ist. Dies beginnt mit der aktiven Teilnahme an gemeinsamen Unternehmungen, Vereinsarbeit, sozialen Projekten bis zum Mitwirken in politischen Diskussionen.

Nur durch stärkere Behandlung dieser Themen im Unterricht kann das Interesse und die Begeisterung geweckt und gefördert werden. Die Jugend soll frühzeitig lernen stärker politisch mitzuwirken und die Gestaltung ihrer Zukunft in die eigene Hand zu nehmen. Sie soll sehen, dass durch aktive Teilnahme, wie zum Beispiel in der Parteiarbeit, Mehrheiten für eigene oder gemeinsame Ideen gewonnen werden können.